



WST1-K-125/141-2025
Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Beilagen

E-Mail: post.wst1@noel.gv.at
Bürgerservice: 02742/9005-9005
Internet: www.noe.gv.at - www.noe.gv.at/datenschutz

Bezug Bearbeitung Durchwahl Datum
MMag. Vladimira Scholz 15189 27. Jänner 2026

Betreff
Stadtgemeinde Korneuburg - Reststoffdeponie (Altteil: Hausmülldeponie) "Teiritzberg" -
Standort: Marktgemeinde Leobendorf (KO), KG Tresdorf, GSt Nr. 489, 490/1, 490/2, 501,
502, 503, 504, 509/1 und 509/2 (IPPC-Anlage 5.4), Umweltinspektion 2026 und
Genehmigungsverhandlung am 16.02.2026, Genehmigungsverfahren nach dem AWG
2002.

Kundmachung

Die Stadtgemeinde Korneuburg betrieb auf den Gst. Nr. 489, 490/1, 490/2, 501, 502, 503, 504, 509/1 und 509/2, alle KG Tresdorf, ursprünglich eine Massenabfalldeponie mit einem Dichtwandumschließungssystem (Bescheide vom 8. Jänner 1986 und vom 5. Dezember 1986, GZ. WA1- III/1-14.979/31-85 sowie vom 15.03.2001, GZ. WA1-14.979/131) mit einem ursprünglichen Volumen von 251.000 m³. Mittlerweile wurde die Deponie mit Bescheid vom 18. März 2019, RU4-K-125/099-2018, in eine Reststoffdeponie mit einem nutzbaren Restvolumen von 57.149 m³ umgestuft.

Die Stadtgemeinde Korneuburg hat mit Schreiben vom 11. Juni 2024 einen Antrag um Erteilung der abfallrechtlichen Genehmigung zur

- Änderung der Oberflächenabdichtung

eingebracht.

Hierüber beraumt die Behörde eine mündliche Verhandlung für

DATUM: 16. Februar 2026

BEGINN: 11:00 Uhr

ORT: **Wirtschaftshof Korneuburg**
Industriezeile 7, 2100 Korneuburg

an.

Verhandlungsleitung: Frau MMag. Vladimira Scholz, Durchwahl 15189

Sie werden eingeladen, als Beteiligter/Beteiligte zur Verhandlung persönlich zu erscheinen oder einen Vertreter zu entsenden. Dieser muss mit der Sachlage vertraut, bevollmächtigt und eigenberechtigt sein.

Hinweise:

Die Projektsunterlagen liegen beim
AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Wirtschaft, Sport und Tourismus
Abteilung Umwelt- und Anlagenrecht
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1
während der Amtsstunden bis zum Tag vor dem Verhandlungstag zur Einsichtnahme auf.

In diesem Verfahren haben Parteistellung (§ 42 AWG 2002):

1. der Antragsteller,
2. die Eigentümer der Liegenschaften, auf denen die Anlage errichtet werden soll,
3. Nachbarn,
4. derjenige, der zu einer Duldung verpflichtet werden soll,
5. die Inhaber rechtmäßig geübter Wassernutzungen gemäß § 12 Abs. 2 WRG 1959,
6. die Gemeinde des Standortes und die unmittelbar an die Liegenschaft der Behandlungsanlage angrenzende Gemeinde,
7. das Arbeitsinspektorat gemäß dem Arbeitsinspektionsgesetz 1993, BGBl. Nr. 27/1993,
8. der Umweltanwalt; der Umweltanwalt kann die Einhaltung von naturschutzrechtlichen Vorschriften im Verfahren geltend machen; dem Umweltanwalt wird das Recht eingeräumt, Rechtsmittel zu ergreifen, einschließlich Beschwerde an das Verwaltungsgericht sowie Revision an den Verwaltungsgerichtshof zu erheben,

9. Gemeinden oder Wasserversorgungsunternehmen zur Wahrung der Versorgung ihrer Bürger oder Kunden mit Trinkwasser hinsichtlich der Genehmigungsvoraussetzungen gemäß § 43 Abs. 2 Z 5 AWG 2002,
10. diejenigen, deren wasserwirtschaftlichen Interessen gemäß den §§ 34 Abs. 6 oder 35 WRG 1959 gefährdet werden könnten,
11. diejenigen, deren wasserwirtschaftliche Interessen durch eine wasserwirtschaftliche Rahmenverfügung als rechtliche Interessen anerkannt wurden und
12. das wasserwirtschaftliche Planungsorgan in Wahrnehmung seiner Aufgaben.

Die unter den Punkten 2. bis 12. genannten Parteien verlieren ihre Stellung als Partei, soweit sie nicht spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung während der Amtsstunden bei der Behörde oder während der Verhandlung Einwendungen erheben, wobei die Verletzung und die Art des subjektiven öffentlichen Interesses behauptet werden muss.

Nachbarn im Sinne des § 42 Abs. 1 Z 3 i.V.m. § 2 Abs. 6 Z 5 AWG 2002 sind Personen, die durch die Errichtung, den Betrieb, den Bestand oder eine Änderung einer Behandlungsanlage gefährdet oder belästigt oder deren Eigentum oder deren dingliche Rechte gefährdet werden könnten. Nicht als Nachbarn gelten Personen, die sich vorübergehend in der Nähe der Behandlungsanlage aufhalten und nicht Eigentümer oder dinglich berechtigt sind.

Rechtsgrundlagen:

§§ 37 Abs. 1, 38, 41 und 42 Abfallwirtschaftsgesetz 2002 – AWG 2002
§§ 40 – 44 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 – AVG

Nutzen Sie die Möglichkeit, sich telefonisch oder per Email bei der Behörde über das Verfahren zu informieren und bringen Sie allfällige Stellungnahmen oder Einwendungen schriftlich in das Verfahren ein.

Auf die Möglichkeit der Vertretung gemäß § 10 AVG wird hingewiesen.

(<https://ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10005768>).

Für die Landeshauptfrau

MMag. S c h o l z